



Proteste gegen
Sparkurs in Athen

EURO-KRISE

Troika schlägt neuen Schuldenschnitt vor

Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) schlägt einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland vor. Damit würde die Euro-Rettung die Steuerzahler zum ersten Mal richtig Geld kosten. Denn vor allem die öffentlichen Gläubiger des angeschlagenen Landes sollen sich diesmal an der Maßnahme beteiligen und auf einen großen Teil ihrer Forderungen verzichten. Die Troika-Vertreter präsentierten ihren Vorschlag vergangenen Donnerstag bei einer Vorbereitungssitzung für das nächste Finanzministertreffen der Euro-Zone. Teilnehmer waren Spitzenbeamte aus den Finanzministerien der Mitgliedsländer. Der Plan stieß auf den Widerstand einer Reihe von Staaten, darunter auch Deutschland. Viele Ländervertreter erklärten, sie wollten das Geld nicht verlieren, das ihre Regie-

rung für Unterstützungszahlungen an Griechenland vergeben habe. Die EZB, die selbst rund 40 Milliarden Euro griechische Staatsanleihen hält, soll sich nicht an dem Schuldenschnitt beteiligen, weil ihr diese Form der Staatsfinanzierung verboten ist. Allerdings erklärte sich die Zentralbank bereit, ihre Gewinne, die sie mit den griechischen Anleihen erzielt, zur Verfügung zu stellen. Sie entstehen, weil die Notenbank die Papiere deutlich unter ihrem Nennwert aufkaufte, bei deren Fälligkeit den Nennwert aber erstattet bekommt. Athen habe erst 60 Prozent der geforderten Reformen eingeleitet, heißt es in dem von der Troika vorgelegten Zwischenbericht. 20 Prozent würden derzeit von der griechischen Regierung beraten, 20 Prozent stünden aus. In dem Papier zählt die Troika 150 neue Reformvorschläge auf, die Athen umsetzen soll,

darunter eine Lockerung des Kündigungsschutzes, eine Aufweichung des Mindestlohns und eine Aufhebung bestimmter Berufsstandsprivilegien. Zudem schlug die Runde Maßnahmen vor, um die griechische Regierung zu Reformen zu zwingen: Dabei geht es um die Einrichtung eines Sperrkontos, auf dem die Kreditbranchen geparkt werden, sowie um ein Gesetz zur schärferen Kontrolle der Haushaltspolitik. Falls Athen die Reformen nicht wie vereinbart umsetzt, würden zum Beispiel automatisch die Steuern erhöht. Um den Haushalt in Ordnung zu bringen, soll Griechenland zwei Jahre mehr Zeit erhalten. Die Verlängerung wird laut EU-Kommission und EZB rund 30 Milliarden Euro kosten, der IWF rechnet mit 38 Milliarden. Der Troika-Abschlussbericht zu Griechenland soll spätestens am 12. November vorgelegt werden.

GEHEIMDIENSTE

Schwarze braune Akten

Bei der Frage, in welchem Umfang der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags und der des Thüringer Landtags Geheimdienstakten auswerten dürfen, eskaliert der Streit. Während das Bundestagsgremium bereit ist, mit geschwärzten Papieren zu arbeiten, besteht der Ausschuss in Erfurt auf einer Analyse der kompletten Dokumente, um Behördenfehler beim Vorgehen gegen die rechtsextreme

Terrorzelle aufzuklären. Das Thüringer Innenministerium hatte dem Ausschuss in Berlin sowie dem in Erfurt Hunderte ungeschwärzte Akten zur Verfügung gestellt, was Innenminister und Geheimdienstler der anderen Länder erzürnte (SPIEGEL 41/2012). Die Ressortchefs wollen, dass sämtliche „personenbezogenen Daten“ von Geheimdienstlern, „Klarpersonalien von Quellen und Zielpersonen“ sowie „Fallbezeichnungen“ und „erkennbare Bezüge zu ausländischen Nachrichtendiensten“ in den Akten unkenntlich gemacht werden. In einem Brief an den Vorsitzenden der Innenminister-

konferenz, Lorenz Caffier (CDU), lehnt die Erfurter Ausschuss-Chefin Dorothea Marx (SPD) dieses Ansinnen ab: Sie könne „nicht nachvollziehen“, warum Abgeordnete unter „einen stärkeren Generalverdacht auf Offenbarung von Geheimnissen gestellt werden als Mitarbeiter der betroffenen Dienste“. Marx fordert die Innenminister auf abzuwägen, „welcher Vertrauensverlust bei unseren Bürgern und insbesondere bei den Hinterbliebenen der Mordopfer“ entstehe, „wenn wir Parlamentarier ein mögliches Fehlverhalten unserer Dienste nicht – im Wortsinne – lückenlos (!) aufklären können“.